

**Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats
am 8. September 2016**

Ort: Radio Bremen

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz:

Dr. Klaus Sondergeld

Rundfunkrat:

Doris Achelwilm
Klaus Alpert
Ibrahim Bagarkasi
Andreas Brandes
Annika Brinkmann
Liviu Cornea
Matthias Dembski
Manuel Diskaya
Christine Finckh
Wolf Arne Frankenstein
Karin Fricke
Ute Golasowski
Walter Henschen
Dr. Martina Höhns
Karin Kiese
Peter Kruse
Dr. Hermann Kuhn
Katrin Lehmann
Christian Linker
Bernd Panzer
Dr. Beate Porombka
Klaus Schloesser
Dr. Tim Voss
Heinrich Welke
Norbert Wilke
Thomas von Zabern

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Radio Bremen:

Jan Metzger
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Michael Gerhardt
Martin Niemeyer
Jan Schrader
Heike Wilke
Jens Böttger
Jan-Thede Domeyer
Michael Glöckner
Bärbel Peters (TOP 13)

Personalrat / Redakteursausschuss:

Gaby Schuylenburg
Dr. Inken Steen
Christian Schwalb

Frauenbeauftragte:

Natalie Schleufe

Gast:

Dr. Thomas Ull (TOP 8)

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial

Protokoll:

Nina Gabriel

Entschuldigt:

Rundfunkrat:

Annette Düring, in Vertretung anwesend Dr. Tim Voss
Mariella Gabriel und ihr Stellvertreter Dr. Wilhelm Rösing
Prof. Dr. Lambert Grosskopf, in Vertretung anwesend Karin Kiese
Wolfgang Grotheer
Farina Kemp-Bedoui

Tagesordnung

1. Genehmigung der Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Rundfunkratssitzung vom 16. Juni 2016
 3. Bericht des Vorsitzenden
 4. Bericht des Intendanten
Vorlage 19/2016
 5. Berichte aus den Ausschüssen
 - a. Finanz- und Organisationsausschuss
 - b. Fernsehausschuss
 - c. Hörfunkausschuss
 - d. Zukunftsausschuss
 - e. Dreistufentest-Ausschuss
 6. Bericht vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
 7. Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in den ARD-Programmbeirat
Vorlage 20/2016
 8. Jahresabschluss 2015
Vorlage 21/2016
Gäste: Dr. Thomas Ull, PwC
 9. Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 22/2016
 10. Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2015/2016 sowie Leitlinien und Programmschwerpunkte 2017/2018, ARD Telemedien Bericht 2015/2016 und ARD Telemedien Leitlinien 2017/2018
Vorlage 23/2016
 11. Tarifvertrag Bremen NEXT
Vorlage 24/2016
 12. Reichweitenentwicklung in Hörfunk und Fernsehen / Media Analyse 2016
Radio II
Vorlage 25/2016
 13. Bericht der Jugendschutzbeauftragten
Vorlage 26/2016
Gast: Bärbel Peters, Leitung Programm-Management
 14. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 27/2016
 15. Verschiedenes
-

Herr Dr. Sondergeld begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die öffentliche Rundfunkratssitzung um 16:00 Uhr. Er begrüßt ebenfalls Frau Merle Schmidt, die während der heutigen Sitzung als Gast anwesend sei, um sich auf die Rückkehr ins Gremienbüro nach ihrer Elternzeit vorzubereiten und Herrn Walter Henschen, der vom Bundesrat für Nedderdütsch in den Rundfunkrat entsandt sei.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Rundfunkratssitzung vom 16. Juni 2016

Das Protokoll wird in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 3: Bericht des Vorsitzenden

Herr Dr. Sondergeld stellt dar, seit dem 17. August sei die Konstituierung aller Ausschüsse abgeschlossen. Demnach sei seitdem auch das Präsidium vollzählig, welches sich aus den vier Ausschussvorsitzenden und dem Rundfunkratsvorsitzendem sowie dessen Stellvertretung zusammensetze. Zur bzw. zum Vorsitzenden sowie deren Stellvertretenden in den einzelnen Ausschüssen seien folgende Rundfunkratsmitglieder gewählt worden:

- Im Hörfunkausschuss sei Frau Christine Finckh zur Vorsitzenden und Frau Beate Röllecke als Stellvertreterin gewählt worden.
- Im Fernsehausschuss sei Herr Klaus Schloesser als Vorsitzender gewählt worden, seine Stellvertretung übernehme Frau Dr. Martina Höhns.
- Der Finanz- und Organisationsausschuss habe Herrn Norbert Wilke als Vorsitzenden gewählt, Herr Claas-Tido Zypress sei als Stellvertreter bestimmt worden.
- Im Zukunftsausschuss sei Frau Annette Düring in ihrem Amt bestätigt und Frau Doris Achelwilm als Stellvertreterin gewählt worden.

Die oft erwähnte Ein-Drittel-Regelung beziehe sich auf die genannten acht Personen plus den Rundfunkratsvorsitzenden sowie dessen Stellvertretung und sei eingehalten worden. Außerdem bestehe dieser Personenkreis aus fünf Frauen und fünf Männern.

Er verweist auf die anschließende nicht-öffentliche Rundfunkratssitzung, in der das Präsidium, durch die Zusammenstellung der Vorschlagsliste für die Wahl des Verwaltungsrates eine wichtige Rolle einnehme.

Nach der Konstituierung aller Ausschüsse habe auch der Dreistufentest-Ausschuss getagt. Dieser setze sich aus dem Präsidium und dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Herrn Prof. Dr. von der Vring, zusammen.

Zusätzlich informiert der Vorsitzende das Gremium, dass es am 20. Oktober 2016 um 16:00 Uhr eine Fortbildungsveranstaltung für den Rundfunkrat geben werde.

Abschließend stellt Herr Dr. Sondergeld dar, dass sich nach der letzten Rundfunkratssitzung Herr Dr. Wilhelm Rösing dem Hörfunkausschuss und Frau Martina Burandt dem Zukunftsausschuss zugeordnet hätten.

TOP 4: Bericht des Intendanten
Vorlage 19/2016

Herr Metzger ergänzt seinen schriftlichen Bericht um folgende Punkte:

Personalien

Seit dem 1. September gebe es im Nordwestradio eine neue Chefin vom Dienst (CvD) für das Tagesprogramm. Frau Nicole Ritterbusch leite das sogenannte Team 1 und sei damit Ansprechpartnerin für das gesamte Tagesprogramm, sowohl innerhalb der Redaktion als auch bei Anfragen von außen. Demnach übernehme sie auch die Aufgabe, die Redakteurinnen / Redakteure und die Moderatorinnen / Moderatoren zu führen und organisiere die mittel- und langfristige Themenplanung im Tagesprogramm des Nordwestradios.

Außerdem habe sich Bremen Vier unterhalb des Wellenchefs eine neue CvD-Struktur gegeben. Frau Eva Linke sei bereits seit längerem die rechte Hand des Wellenchefs, Herrn Helge Haas, und sei jetzt offiziell CvD-Aktuell. Sie sei damit für die aktuelle Themensetzung innerhalb des Programms von Bremen Vier verantwortlich. Zusätzlich gebe es einen neuen CvD-Planung, Herrn Ansgar Guse, welcher für die langfristige Themenplanung und Programmaktionen zuständig sei. Mit dieser Struktur folge Bremen Vier Bremen Eins, wo sich eine ähnliche Konstruktion in den letzten Monaten bereits bewährt habe.

ARD-Themenwoche „Zukunft der Arbeit“

Vom 30. Oktober bis zum 5. November finde die diesjährige ARD-Themenwoche mit dem Titel „Zukunft der Arbeit“ statt. Wie bereits erwähnt veranstalteten Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk und der Hessische Rundfunk gemeinsam diese Themenwoche. Passend zum Titel sei den Gremienmitgliedern die Pressemappe auf einem Stick bzw. der vorliegenden Karte verteilt worden.

Die gestrige ARD-Pressekonferenz in Hamburg sei sehr gut verlaufen. Besonders hervorheben möchte er den Bremer Tatort „Echolot“, der am 30. Oktober 2016 ausgestrahlt werde und somit den Auftakt zur Themenwoche darstelle. Im Anschluss werde Anne Will noch zu diesem Thema diskutieren. In diesem Zusammenhang bittet er die Rundfunkratsmitglieder, sich den 21. Oktober vorzumerken – dann werde die gewohnte Tatort-Preview im Cinemaxx stattfinden. Dort biete sich die Gelegenheit, einige Protagonistinnen und Protagonisten zu treffen.

Fragen zum Bericht des Intendanten

1. ARD-Sitzung am 27./28. Juni 2016 in Bonn

Länder-AG „Auftrag und Strukturoptimierung“

Ein Rundfunkratsmitglied bezieht sich auf die Arbeitsgruppe, die sich gebildet habe, um der erwarteten Steigerung des Rundfunkbeitrags von 2021 bis 2024 entgegenzuwirken. Es zeichne sich jedoch ein gewisses Dilemma ab, wonach die Kosten der Rundfunkanstalten anstiegen und demnach der Rundfunkbeitrag angepasst werden müsste. Dies sei jedoch eine sehr unpopuläre Entscheidung gegenüber der Öffentlichkeit. In dem Papier der ARD, auf das hier Bezug genommen werde, könne man dieses Problembewusstsein, was die Legitimität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und seine Kosten betreffe, ablesen. Es bittet in diesem Zusammenhang darum, weitere Ausführungen mit entsprechenden Planzahlen der KEF zu erhalten bzw. darzustellen, wie mit den entsprechenden Finanzlücken in der nächsten Beitragsperiode umgegangen werde.

Herr Metzger fasst zusammen, zu der Gründung der Arbeitsgruppe von Seiten der Länder habe eine Aussage des KEF-Vorsitzenden, Herrn Fischer-Heidberger, bei einer Anhörung der Länder geführt. Dieser habe die normalen Steigerungsraten, die die KEF zugrunde lege über die nächsten Jahre hochgerechnet und den Ländern mitgeteilt, dass sie damit rechnen könnten, dass die nächste Beitragserhöhung hoch ausfallen werde. Ihm zu Folge sei eine Steigerung um 2€ realistisch.

Daraufhin sei die genannte AG gegründet worden. Diese stehe in einem engen Dialog mit ARD, ZDF und Deutschlandradio zum Thema „Beitragsstabilität“. Es sei aktuell noch nicht klar, was die Länder unter dem Begriff „Beitragsstabilität“ verstünden. Sie erwarteten in diesem Zusammenhang „Problembewusstsein“ von den Rundfunkanstalten.

Im Zuge dieses Problembewusstseins setze man sich intensiv mit den Fragen der Länder auseinander. Daraus seien die folgenden drei Themenfelder abgeleitet worden:

Erstens beschäftige man sich damit, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk in dem rasanten Medienwandel, sich selbst und der Gesellschaft verdeutlichen könne, wie der Auftrag zukünftig weiterhin erfüllt werden könne – und dies unter den Bedingungen von Digitalisierung und sich verändernden Märkten. Er selbst engagiere sich bereits seit längerem für das Thema „Mediatheken“ und ähnliche nichtlineare, ergänzende Plattformen sowie alternative Auspielwege. Zusammengefasst sei die Frage zu beantworten, wie der öffentlich-rechtliche Auftrag in Zeiten des digitalen, globalisierten Medienmarktes, weiter zu erfüllen sei.

Zweitens sei man sich im Klaren, dass die Medienpolitik sowie die Gesellschaft vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk erwarteten, dass sich dessen Strukturen anpassten und sich verschlankten. Man sei davon überzeugt, dass die föderale Vielfalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland ein hohes Gut sei. Ebenso sei man sich bewusst, dass die Strukturen zur Pro-

grammherstellung und die notwendige Verwaltung besser aufgestellt sein könnten. Aus diesem Grund gebe es eine Arbeitsgruppe, die sich mit Strukturveränderungen auseinandersetze und der Herr Schrader angehöre.

Drittens sei eine Umstellung der Medienregularien in Deutschland vonnöten. Aus diesem Grund gebe es eine Reihe an regulatorischen und juristischen Themen, die die Länder wiederum angehen müssten. Als Beispiel könne er das Thema Verweildauern und die Frage, auf welchen Plattformen der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine Inhalte veröffentlichen dürfe, nennen. Aktuell entstehe ein Basisdokument, in dem die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dargestellt sei. Dies werde voraussichtlich heute verschickt, so dass es am Montag / Dienstag auf der ARD-Sitzung in Berlin beraten werden könne. Er könne aktuell noch nicht absehen, ob dieses Papier konsensfähig sein werde. Fest stehe, dass man Ende September erneut mit der Arbeitsgruppe der Länder beraten werde. Ziel der Länder sei es, zur Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz im Oktober eine Agenda festzulegen, die die Länder und der öffentlich-rechtliche Rundfunk anschließend gemeinsam umsetzen.

In diesen Überlegungen seien bisher noch keine genauen Zahlen enthalten. Intern habe man bereits die Folgen einer Stagnation, einer Erhöhung bzw. einer Senkung des Rundfunkbeitrags berechnet. Ergebnis sei, dass es trotz einer Modernisierung der Strukturen nicht ausreichen werde, um Einschnitte im Programm zu vermeiden. Eine gleichbleibende Kulturförderung bzw. Kulturunterstützung sei mit einem stagnierenden Beitrag nicht umsetzbar. Vor allem im Fernsehen gelte nach wie vor je hochwertiger, desto teurer. Aus diesem Grund werde es sicher eine Debatte über Programmvielfalt und Auftrag im föderalen System geben. Das eine werde ohne das andere nicht umzusetzen sein.

Andere medienpolitische Fragen

Ein Rundfunkratsmitglied verweist auf die in der Vorlage erwähnte Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz, welche ihren Abschlussbericht vorgelegt haben soll. Dort sei aufgeführt, dass die Positionen von Bund und Länder zum Thema Jugendschutz sehr unterschiedlich seien. Das Mitglied bittet darum, dies weiter auszuführen.

Herr Metzger erklärt, zum Thema Jugendschutz, könne er selbst nicht viel sagen. Er schlage vor, diese Frage an die Jugendschutzbeauftragte, Frau Peters weiterzugeben, die zum Tagesordnungspunkt 13 „Bericht der Jugendschutzbeauftragten“ an der Sitzung teilnehmen werde.

6. Programm und Veranstaltungen

Bremen NEXT

Ein Rundfunkratsmitglied möchte in Erfahrung bringen, wie der gesamte Überprüfungsprozess, unter Berücksichtigung neuer digitaler Entwicklungen auf der einen und der Bedürfnisermittlung der Zielgruppe auf der anderen Seite sowie der Einhaltung von Qualitätsstandards im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgestaltet sei.

Herr Weyrauch verdeutlicht, dass man zum einen über den Teil des Programms, welchen man über UKW sende, traditionell mittels der Media-Analyse (MA) eine Rückmeldung bekomme. Damit sei aber nur ein kleiner Teil des Angebots von Bremen NEXT erfasst. Schwieriger sei es demnach, die Resonanz zu ermitteln, die Bremen NEXT im Netz erziele. Zwar bekomme man z.B. bei Youtube oder Facebook Abruf- oder Abozahlen, welchen Wert diese allerdings hätten, dafür fehlten noch die Maßstäbe. Funk, das Junge Angebot von ARD und ZDF, stehe vor demselben Problem und entwickle aktuell Kriterien und Maßstäbe, die man hoffentlich ebenfalls dann bei Bremen NEXT anwenden könne. Schon jetzt könne man aber die generelle Resonanz bei YouTube und Facebook verfolgen.

So kurz nach dem Start sei Bremen NEXT vor allem bei Facebook erfolgreich. Mit dem Interview von Max Kruse am ersten Tag habe man bspw. 300.000 Menschen erreicht.

Ein weiteres Beispiel sei die Bremen NEXT Webreportage über ein Studentenwohnheim in Bremen, indem sich ein Student eine Deutschlandfahne ins Fenster gehängt und sich ein Kommilitone darüber beschwert habe. Diese habe im Netz zu einer Diskussion innerhalb der Zielgruppe und darüber hinaus geführt, so dass dieser Beitrag über 500.000 Leute erreicht habe.

Dies zeige jetzt schon ganz eindrücklich, dass Bremen NEXT Resonanz erhalte und etwas bewirke. Für die qualitative Überprüfung gäbe es die täglichen Redaktionskonferenzen, in denen alle Themen und Beiträge dezidiert besprochen würden. Er selbst sei der Meinung, dass vor allem die Live-Situationen naturgemäß noch nicht die Qualität hätten, die intendiert wäre. Er betont jedoch ebenfalls, dass das Team am Anfang stehe, es keine Medienprofis seien, und jetzt zum ersten Mal im Tagesgeschäft arbeiten müssten. Dabei würden sie von erfahrenen Redakteuren begleitet und ständig geschult. Man werde die sukzessive Verbesserung verfolgen. Im Gegensatz zu Live-Situationen sei es bei vorgefertigten Beiträgen im Netz einfacher. Diese seien im Vorfeld leichter abzustimmen und abzunehmen.

Herr Dr. Sondergeld erklärt, er verfolge das Programm von Bremen NEXT ebenfalls regelmäßig. Vor allem die Reportage zur Grohner Düne erachte er für sehr gelungen. Daran könne man sehen, wie Fernsehen auch anders produziert werden könne. Insgesamt sei sein Eindruck recht positiv. Natürlich müssten die jungen Mitarbeitenden noch etwas üben, jedoch sei dies auch eine Art von Frische, die man möglichst nicht verlieren sollte.

TOP 5: Berichte aus den Ausschüssen

Herr Dr. Sondergeld stellt dar, dem Gremium sei sicher bekannt, dass das Radio Bremen-Gesetz festgelegt habe, dass die wichtigsten Themen und Beschlüsse der Ausschüsse auf der Website von Radio Bremen veröffentlicht werden sollten. Man habe im Präsidium über die Umsetzung gesprochen und sich darauf verständigt, eine kommentierte Tagesordnung anzufertigen. Der oder die Vorsitzende werde diese im Anschluss an die Sitzung fertigstellen und das Gremienbüro kümmere sich um die Veröffentlichung. Damit hätten die Ausschüsse ihre Informationspflicht erfüllt. Wenn ein Mitglied mit der Ausarbeitung nicht einverstanden sei, könne es sich an Frau Gabriel wenden.

Zusätzlich habe man beschlossen, diese Kurzprotokolle mit den Unterlagen für die Rundfunkratssitzungen zu verschicken.

a. Finanz- und Organisationsausschuss

Herr Wilke erklärt, der Finanz- und Organisationsausschuss habe am 31. August getagt und sich im Wesentlichen mit Themen beschäftigt, die auch auf der heutigen Tagesordnung behandelt würden. Zu Beginn der Sitzung habe der Intendant zum Prozess der Diskussion um die zukünftige Beitragssituation sowie der Diskussion mit der Politik und der sogenannten Länder-AG berichtet. Zum Tagesordnungspunkt „Jahresabschluss 2015“ sei Herr Dr. Ull ebenfalls anwesend gewesen und habe gemeinsam mit Herrn Schrader und Herrn Metzger durch die Zahlen geführt. Zusätzlich habe sich der Ausschuss nochmals mit den Auswirkungen des 20. KEF-Berichts befasst und über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten beraten. Zuletzt sei der Tarifvertrag von Bremen NEXT besprochen worden. Der Finanz- und Organisationsausschuss habe zu allen Vorlagen, die auch zur heutigen Sitzung an den Rundfunkrat versandt worden seien, ein positives Votum abgegeben und empfehle, wie auf den Vorlagen vorgeschlagen zu verfahren.

b. Fernsehausschuss

Herr Schloesser berichtet von der konstituierenden Sitzung des Fernsehausschusses am 17. August 2016. Wie bereits von Herrn Dr. Sondergeld erwähnt, sei er selbst als Vorsitzender und Frau Dr. Höhns als seine Stellvertreterin gewählt worden. Herr Weyrauch, Frau Schafarczyk, Herr von Bötticher, Herr Dr. Schulte und Frau Strelow hätten eine umfassende Einführung in das vielfältige Angebot im Bereich Fernsehen bei Radio Bremen gegeben. Herr von Bötticher habe nochmals die Beweggründe für den Relaunch von „buten un binnen“ vor drei Jahren erläutert. Anschließend habe Herr Dr. Schulte das aktuelle „buten un binnen“ präsentiert und die guten Quoten hervorgehoben. Diese sei auch durch erfolgreiche crossmediale Begleitung ermöglicht worden. Herr von Bötticher habe zu den personellen Veränderungen bei „3nach9“ berichtet und die stabilen Quoten betont. Frau Strelow habe anschließend den Bremer-Tatort vorgestellt, welcher im Ranking der ARD-Tatorte immer in den vorderen Bereichen vertreten sei.

In den kommenden Sitzungen werde man sich verstärkt mit einzelnen Schwerpunkten auseinandersetzen. Als weiteres zukünftiges Schwerpunktthema sei geplant, den Relaunch des „buten un binnen“-Studios zu beobachten.

Den Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2015/2016 sowie Leitlinien und Programmschwerpunkte 2017/2018 habe man ebenfalls im Ausschuss beraten. Man empfehle, diesen zur Kenntnis zu nehmen.

c. Hörfunkausschuss

Frau Finckh erläutert, der Hörfunkausschuss habe sich am 11. August konstituiert. Zu ihrer Stellvertreterin sei Frau Beate Röllecke gewählt worden, welche dieses Amt bereits in der vorherigen Periode übernommen habe. Zu

Beginn habe man sich mit den wiederkehrenden Themen im Hörfunkausschuss beschäftigt. Frau Bärbel Peters habe einen allgemeinen Einblick in die Media-Analyse gegeben und die aktuelle MA vorgestellt. Die Sender von Radio Bremen seien insgesamt gut aufgestellt – vor allem Bremen Eins. Durch die Konkurrenz von Radio Energy bedürfe es bei Bremen Vier ein paar Anpassungen, die aktuell bereits umgesetzt würden. Zusätzlich versuche man mit Bremen NEXT ebenfalls die Lücke bei den jungen Zuhörenden zu schließen.

d. Zukunftsausschuss

Frau Achelwilm stellt sich als gewählte stellvertretende Vorsitzende im Zukunftsausschuss vor. Zur konstituierenden Sitzung am 10. August habe man sich zuerst mit den üblichen Regularien beschäftigt. Ähnlich wie die anderen Ausschüsse auch, habe man sich zu Beginn eine Übersicht über die in der letzten Amtsperiode behandelten Schwerpunktthemen verschafft. Als eventuelle zukünftige Themen habe man über Apps, Drittplattform-Strategien bzw. jüngere Ausspielwege diskutiert. Zusätzlich interessiere man sich für Innovationen im Medienhandwerk wie z.B. den Senderucksack.

e. Dreistufentest-Ausschuss

Herr Dr. Sondergeld erklärt, am 1. September habe der DST-Ausschuss getagt. Die Ergebnisse seiner Prüfungsarbeit lägen den Mitgliedern des Gremiums zu TOP 10 „ARD Telemedien Bericht 2015/2016 und ARD Telemedien Leitlinien 2017/2018“ in der öffentlichen und TOP 6 „Dreistufentest ‚Angleichung der Verweildauern für fiktionale Formatkategorien auf DasErste.de an das ARD-Verweildauerkonzept“ in der nicht öffentlichen Sitzung vor. Die Mitberatungsvorlage des Bayerischen Rundfunks sei im Ausschuss vorberaten worden. Daraus resultierend liege der Vorschlag des Dreistufentest-Ausschusses für ein Mitberatungsvotum vor.

TOP 6: Bericht vom ARTE-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

Herr von Zabern stellt dar, seine erste Sitzung des ARTE-Programmbeirats finde erst am 4. und 5. Oktober statt. Er könne dem Rundfunkrat jedoch bereits berichten, dass er sich zur Vorbereitung mit seiner Vorgängerin im ARTE-Programmbeirat, Frau Antje Schreiner getroffen habe. Zusätzlich habe er mit Herrn Weyrauch und der zuständigen Redakteurin bei Radio Bremen gesprochen. Hier habe er interessante Informationen über die unterschiedlichen Zulieferungen von Radio Bremen zu ARTE erhalten. In der kommenden Sitzung des Programmbeirats werde man über einen Beitrag von Radio Bremen über Milli Vanilli „From Fame to Shame“ diskutieren.

Herr Dr. Kuhn fasst zusammen, er habe bereits an zwei Sitzungen des ARD-Programmbeirats teilgenommen. Vorab wolle er für die neuen Mitglieder im Rundfunkrat die Zusammensetzung und Arbeitsweise des ARD-Programmbeirats kurz darstellen. In den ARD-Programmbeirat werde aus jeder der

neuen Landesrundfunkanstalten je ein Mitglied entsendet. Unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Siebertz aus München tage man zehnmal pro Jahr – davon dreimal mit der Fernsehprogrammkonferenz.

Die erste Sitzung, an der er teilgenommen habe, habe vom 13./14. Juli in Köln stattgefunden. Auf der zweiten Sitzung vom 6./7. September in Frankfurt habe man sich ebenfalls mit dem Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2015/2016 sowie Leitlinien und Programmschwerpunkte 2017/2018 befasst. Man habe praktisch redaktionelle Textarbeit geleistet und den Text noch erheblich verbessern können.

Hauptpunkt der Sitzungen sei Programmbeobachtung. In den Sitzungen an denen er teilgenommen habe, seien die Schwerpunkte Sportberichterstattung, zum einen „Tour de France“ und zum anderen die Olympischen Spiele gewesen. Außerdem habe man sich zum neuen Format „Moni's Grill“ beraten. Zusätzlich habe man sich mit den Sommerinterviews in diesem Jahr beschäftigt und eine Stellungnahme bzw. Empfehlung ausgesprochen. Da man sich im nächsten Jahr in einem Wahljahr befinde, habe man vorgeschlagen, die Sommerinterviews auszusetzen bzw. sollte sich die ARD ohnehin ein neues Format überlegen, da die Sommerinterviews ein sehr schematisches Format seien, welches zu wenig Raum für Nachfragen biete.

Dies zeige, dass der ARD-Programmbeirat ebenfalls konkrete Empfehlungen ausspreche. Sanktionen oder verpflichtende Beschlüsse könne er nicht fassen, man sei ein Mitberatungsgremium.

Herr Dembski erkundigt sich, ob sich der ARD-Programmbeirat mit der Berichterstattung angesichts der Terror- und Amoklagen befasst habe.

Herr Dr. Kuhn stellt dar, der Programmbeirat habe im Beisein von Herrn Herres darüber beraten. Die Meinung einiger Programmbeiratsmitglieder habe sich im Laufe der Diskussion sehr relativiert. Man habe natürlich festgestellt, dass es nicht immer gelungen war, diese laufende Berichterstattung zu führen, dass es Wiederholungen gab. Andererseits sei es jedoch ein Ereignis gewesen, dass eine Großstadt wie München zum Erliegen gebracht habe und welches auf ganz Deutschland ausstrahle. Demnach habe der Programmbeirat die Entscheidung, fünf Stunden live zu senden, schlussendlich nicht mehr in Frage gestellt. Insofern sei am Ende der Diskussion das Urteil ein anderes gewesen. Man sei sich jedoch einig, dass bei dem ersten Zwischenfall zu viel Raum für mögliche Spekulationen eingeräumt worden sei. Dies sei in München besser umgesetzt worden, was ebenfalls auf den guten Pressesprecher der Münchener Polizei zurückzuführen sei.

Herr Weyrauch ergänzt, man dürfe die Berichterstattung nicht losgelöst vom Putschversuch in der Türkei, welcher genau eine Woche vorher stattgefunden habe, betrachten. Hier seien ARD und ZDF kritisiert worden, dass sie nicht sofort live berichtet hätten. Aus diesem Grund habe man bei dem Amoklauf in München gegensätzlich gehandelt und live berichtet.

TOP 7: Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in den ARD-Programmbeirat
Vorlage 20/2016

Herr Dr. Sondergeld teilt mit, dass sich zwei Mitglieder aus dem Rundfunkrat für die Arbeit als stellvertretendes Mitglied im ARD-Programmbeirat interessieren: Frau Katrin Lehmann und Herr Thomas von Zabern. Er bittet um eine kurze Vorstellung.

Frau Lehmann stellt sich vor. Sie sei vom Bremer Jugending in den Rundfunkrat entsandt und habe bereits bei der Wahl zum ordentlichen Mitglied für den ARD-Programmbeirat über eine Bewerbung nachgedacht. Mit zehn Sitzungen pro Jahr sei dies jedoch neben der Berufstätigkeit nicht möglich gewesen. Nach Rücksprache mit Herrn Dr. Kuhn habe man sich auf eine mögliche Regelung geeinigt. Sie interessiere sich sehr für den Bereich Fernsehen und möchte als jüngeres Mitglied gerne etwas dazu beitragen.

Herr von Zabern verweist auf seine Vorgängerin im ARTE-Programmbeirat, welche ihn auf die Idee gebracht habe, sich ebenfalls für die Mitarbeit im ARD-Programmbeirat zu bewerben. Er habe ebenfalls vorab Kontakt mit Herrn Dr. Kuhn aufgenommen und man habe sich auch hier auf eine Regelung einigen können, so dass Herr Dr. Kuhn 70 Prozent und er selbst 30 Prozent der Sitzungen übernehme. Er sei sehr positiv überrascht, dass Frau Lehmann sich ebenfalls für eine Mitgliedschaft bewerbe und freue sich sehr, wenn diese gewählt würde. So seien dann, wie auch in diesem Gremium, eine Frau und ein Mann entsendet.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei den Kandidaten und vor allem bei Herrn von Zabern, für dessen souveräne Gelassenheit. Er schlägt vor, dass die Auszählung der Stimmen parallel zum folgenden Tagesordnungspunkt erfolgen werde und er das Ergebnis anschließend verkünden werde.

Die Zählkommission wird einstimmig bestimmt: Herr Alpert, Herr Linker und Herr Panzer.

Die Stimmzettel werden verteilt und der Wahlvorgang eröffnet.

Der Wahlvorgang wird geschlossen. Die Stimmauszählung wird während des folgenden Tagesordnungspunktes durchgeführt und das Ergebnis danach verkündet.

TOP 8: Jahresabschluss 2015
Vorlage 21/2016
Gäste: Dr. Thomas Ull, PwC

Herr Schrader verdeutlicht, man habe dem Rundfunkrat zusammen mit dem Prüfungsbericht eine umfassende Vorlage zur Verfügung gestellt. Im Folgenden werde er kurz die Highlights des Jahresabschlusses 2015 zusammenstellen.

Zusammengefasst handle es sich um einen relativ unkomplizierten Jahresabschluss, da Radio Bremen alle Planungsziele erreicht habe und das trotz signifikanter Preissteigerungen beispielsweise im Personalbereich. Man habe im Jahr 2015 wesentliche Projekte wie Bremen NEXT und den Online-Relaunch angestoßen, diese mit zusätzlichen Mitteln ausstatten können und am Jahresende dennoch einen leichten Finanzierungsüberschuss von 890T€ zu verzeichnen.

Es sei bekannt, dass Radio Bremen einen handelsrechtlichen Jahresabschluss vornehme, obwohl man im eigentlichen Sinne kein erwerbswirtschaftliches Unternehmen sei. Demnach sei für Radio Bremen die reine Liquiditätssituation von Bedeutung. Das Gremium werde beim Studium der Unterlagen festgestellt haben, dass man handelsrechtlich einen Jahresfehlbetrag von etwa 2,2 Mio.€ ausweise. Dieser Fehlbetrag könne auf die Altersversorgungsrückstellung zurückgeführt werden. Im Finanz- und Organisationsausschuss habe man bereits ausführlich diskutiert, das aufgrund des Bilanzmodernisierungsgesetzes und der jeweiligen Bemessungsgrundlage, wie eine Altersversorgungsrückstellung zu errechnen sei, der Zinsfaktor in den letzten Jahren deutlich gesunken sei und auch noch weiter sinken werde. Dies führe zu einer Aufwandsbelastung in den Jahresabschlüssen. Der Aufwand sei jedoch nicht liquiditätswirksam. Dies führe wiederum dazu, dass es reiner Buchaufwand sei. Radio Bremen befinde sich hier in einer ähnlichen Situation wie andere Landesrundfunkanstalten. Man müsse sich in der Ergebnisbewertung stark auf den Liquiditätsaspekt konzentrieren.

Zusammengefasst habe man dies im Finanz- und Organisationsausschuss sowie im Verwaltungsrat ausführlich diskutiert. Er erachte das Ergebnis von 890T€ als eine positive Punktlandung.

Herr Dr. Ull verdeutlicht, die Buchführung und das Belegwesen sei ordnungsgemäß, so dass der Jahresabschluss unter der Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vollständig widerspiegeln. Die Vermögensgegenstände und Schulden seien vollständig dargestellt und der Anhang enthalte alle wichtigen Angaben. Aus diesen Gründen habe man einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilen können. Uneingeschränkt bedeute, ohne entsprechende Einwendungen oder Einschränkungen. Der Jahresabschluss vermittele dementsprechend ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und entspreche somit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften.

Herr Dr. Sondergeld verweist auf die Beschlussempfehlung, die der Rundfunkrat vom Verwaltungsrat erhalten habe, auch der Finanz- und Organisationsausschuss empfehle, dem Beschluss zuzustimmen.

Der Rundfunkrat beschließt einstimmig:

a) Der Rundfunkrat genehmigt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 Radio Bremen-Gesetz den Jahresabschluss 2015 von Radio Bremen.

b) Der Rundfunkrat beschließt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 6 Radio Bremen-Gesetz, den Jahresfehlbetrag von 2.273.617,47 € dem Kapitalkonto zu entnehmen, dessen Saldo danach 2.877.274,87 € beträgt.

c) Der Rundfunkrat entlastet gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 7 und Ziffer 8 Radio Bremen-Gesetz den Verwaltungsrat und das Direktorium für das Geschäftsjahr 2015.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei Herrn Dr. Ull.

TOP 9: Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag
Vorlage 22/2016

Herr Metzger erklärt, die Erstellung dieses Berichtes sei durch einen Staatsvertrag vorgegeben. Der Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten schließe sich immer an den KEF-Bericht an.

Herr Dr. Sondergeld stellt dar, der Finanz- und Organisationsausschuss empfehle dem Rundfunkrat, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Rundfunkrat nimmt den gemäß § 5a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag erstellten Bericht der ARD an die Landtage zur Kenntnis.

Fortsetzung: TOP 7: Entsendung eines stellvertretenden Mitglieds in den ARD-Programmbeirat

Herr Dr. Sondergeld verkündet das Wahlergebnis:
Es seien 28 gültige Stimmen abgegeben worden. Bei einer Enthaltung sei Frau Lehmann mit 24 Stimmen zum stellvertretenden Mitglied im ARD-programmbeirat gewählt worden. Herr von Zabern habe drei Stimmen erhalten. Er fragt, ob Frau Lehmann die Wahl annehme.

Frau Lehmann nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Herr Dr. Sondergeld gratuliert Frau Lehmann und bedankt sich ebenfalls bei Herrn von Zabern für dessen Kandidatur.

TOP 10: Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2015/2016 sowie Leitlinien und Programmschwerpunkte 2017/2018, ARD Telemedien Bericht 2015/2016 und ARD Telemedien Leitlinien 2017/2018
Vorlage 23/2016

Herr Metzger erläutert, auch die Erstellung dieses Berichtes sei durch einen Staatsvertrag geregelt. Die Leitlinien und Programmschwerpunkte der ARD sowie der ARD-Telemedienbericht würden in der Hauptversammlung be-

schlossen. Demnach sei der 21./22. November der Zieltermin, an denen die beiden genannten Berichte der Hauptversammlung vorgelegt werden würden. Aus diesem Grund lägen den Rundfunkratsmitgliedern zum Tagesordnungspunkt 10 je zwei Entwürfe vor. Zu beachten sei, dass es gesetzlich vorgeschriebene Berichte seien, die zu einem bestimmten Zeitpunkt erstellt werden müssten. Der Rundfunkrat müsse diese, mit eventuellen redaktionellen Änderungen bzw. inhaltlichen Ergänzungen, zur Kenntnis nehmen.

Herr Dr. Sondergeld verweist auf den umfassenden Bericht der ARD. Es sei einem oftmals nicht bewusst, wie viele Aktivitäten es innerhalb der ARD gebe.

Herr Dr. Kuhn verdeutlicht, wie bereits erwähnt habe man sich innerhalb einer Sitzung des ARD-Programmbeirats ebenfalls mit dem Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags sowie den Leitlinien und Programmschwerpunkten befasst. Er wolle im Folgenden lediglich Gesichtspunkte nennen, die innerhalb der Diskussion eine Rolle gespielt hätten. An mehreren Stellen sei der Indikativ zu häufig genutzt worden. Der Programmbeirat habe es abgeschwächt, um die Größe der bevorstehenden Aufgabe zu verdeutlichen. Außerdem habe man sich generell mit dem Thema „Verweildauer Mediatheken“ beschäftigt. Die Verweildauern seien für den Zuschauenden wenig transparent dargestellt – es sei schwer nachvollziehbar, wo und wie lange bestimmte Beiträge vorgehalten würden. Demnach sei der Programmbeirat allgemein mit dieser Beschränkung nicht einverstanden und erachte sie als sehr unglücklich.

Positiv habe man in einer längeren Diskussion die Erfolge von Quizsendungen und Vorabendserien auch im Abendprogramm hervorgehoben. Ebenfalls habe man die Aufnahme von „Integration“ als eigenständiges Kapitel gelobt. An einigen Stellen, z.B. im Kapitel über digitale Medien, könnte der Text präziser bzw. ausführlicher formuliert werden.

Ein Mitglied des Rundfunkrats möchte in Erfahrung bringen, ob eine intensive Diskussion über diesen Bericht, die es für notwendig erachte, vorgesehen sei. Es fragt sich, wie die Vorschläge aus dem Kreise der Rundfunkräte in die Zweit- bzw. Endfassung eingingen und ob es die Möglichkeit gebe, dass der Rundfunkrat ein Votum zu bestimmten Punkten abgebe.

In Bezug auf die politischen Magazine, welche im Bericht gelobt worden seien, sei sehr unbestimmt aufgeführt: „Das Erste hat in seinen politischen Magazinen eingeführte Marken, die es noch stärker zu pflegen gilt.“ Das Mitglied plädiere an dieser Stelle für eine dahingehende Präzisierung, dass die Sendezeit wieder auf 45 Minuten hochgesetzt werde. Es fragt erneut, ob es eine Möglichkeit gebe, dies als Votum des Rundfunkrats von Radio Bremen zu übermitteln.

Herr Prof. Dr. von der Vring verdeutlicht, schlussendlich werde der Bericht ein Werk der gesamten ARD sein. Da es oftmals große Meinungsverschiedenheiten gebe, arbeite man mit diesem Entwurfsverfahren, in dem relativ früh die Entwürfe verbreitet würden und jeder Rundfunkrat bzw. jedes Mitglied eines Rundfunkrates Textänderungsvorschläge miteinbringen könne.

Auf der GVK-Sitzung im November könne man diese gerne weiterreichen. So müsse in der heutigen Sitzung keine Abstimmung herbeigeführt werden – einige Texte seien ohnehin bereits von anderen Rundfunkräten beeinflusst worden.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei Herrn Prof. Dr. von der Vring, damit sei das Procedere klar. Wenn ein Rundfunkratsmitglied Vorschläge für Textänderungen oder Ergänzungen habe, könne es diese bei Frau Gabriel einreichen, so dass Herr Prof. Dr. von der Vring und er selbst sie zur kommenden GVK-Sitzung mitnehmen könnten.

Ein Rundfunkratsmitglied hat eine Nachfrage im Hinblick auf Barrierefreiheit, welche einen wesentlichen Punkt darstelle. In dem Bericht sei positiv angemerkt, dass es die ARD als Pflicht ansehe, behinderten Menschen die größtmögliche Teilhabe an ihrem vielseitigen Informations- und Unterhaltungsangebot zu ermöglichen. Das Mitglied fragt, inwieweit gewisse Quoten für die Zukunft vorgesehen seien. Das heißt nicht nur bezüglich von Untertitelung, sondern auch Audiodeskription und Gebärdensprache.

Herr Metzger erläutert, man befinde sich sowohl in den Ländern als auch im Verbund der ARD in einem kontinuierlichen Dialog mit den unterschiedlichen Verbänden und Interessensvertretungen behinderter Menschen. Aus diesen Gesprächen, welche man in Bremen mit Herrn Steinbrück führe, sei ihm bekannt, dass ständig über Quoten im Sinne von Messungen gesprochen werde. Man sei gemeinsam relativ zufrieden was sowohl die Untertitelungsquote als auch die Audiodeskription betreffe. Beim Gebärdendolmetschen sei es leider etwas komplizierter. Die ARD berichte regelmäßig über diese Quoten, die kontinuierlich anstiegen.

Es gebe seines Wissens nach keine Zielquoten. Er schlage jedoch vor, diese Frage nochmals an Herrn Chojnacki, dem Ansprechpartner für barrierefreies Programm bei Radio Bremen, weiterzuleiten.

Ein weiteres Mitglied aus dem Gremium verweist auf den Punkt zur Wahlberichterstattung im Ersten und speziell dem Umgang mit der AfD. In dem Bericht sei ein Diskussionsstand aufgeführt, der darstelle, dass man durch die veränderte Parteienlandschaft über die Besetzung der sogenannten Elefantenrunde nachdenke. Es frage sich, ob die Diskussion über diesen Stand hinausgegangen sei. Es führe letztendlich zu der Problematik, dass man auch die Interessen deren Wählerinnen und Wähler abbilden müsse, da man sonst Gefahr laufe als „Lügenpresse“ oder ähnliches bezeichnet zu werden.

Herr Dr. Kuhn verweist auf eine Sitzung des ARD-Programmbeirats, in der ebenfalls darüber beraten worden sei. Das Thema sei absichtlich offen gelassen worden. Man sei sich mit Herrn Herres einig gewesen, dass die ARD zukünftig eine klare Haltung vertreten müsse. Was in diesem Jahr in Baden-Württemberg passiert sei, dürfe nicht erneut vorkommen.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der ARD über die Erfüllung ihres Auftrags 2015/2016 sowie die Leitlinien und Programmschwerpunkte 2017/2018 und den ARD Telemedien-Bericht 2015/2016 und die ARD Telemedien-Leitlinien 2017/2018 in ihrer jeweils vorliegenden Fassung zur Kenntnis.

TOP 11: Tarifvertrag Bremen NEXT
Vorlage 24/2016

Herr Dr. Sondergeld stellt dar, auch mit diesem Tagesordnungspunkt habe sich der Finanz- und Organisationsausschuss vorbereitend befasst und empfehle dem Rundfunkrat den Tarifvertrag Bremen NEXT zur Kenntnis zu nehmen. Innerhalb der Diskussion habe er den Eindruck gewonnen, dass alle Beteiligten sehr zufrieden mit dem Abschluss seien und er Modellcharakter für die ARD haben könne.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt nach, wie viele Tage pro Monat die in dem Vertrag genannten Mitarbeitenden im Durchschnitt bei Radio Bremen arbeiten. Außerdem wolle es in Erfahrungen bringen, wie die Vergütung für andere ungelernete Kräfte innerhalb von Radio Bremen sei. Zusätzlich fragt es sich, ob diese ungelernen Kräfte sich durch die Mitarbeit automatisch qualifizierten oder weiterhin als „unqualifizierte Mitarbeitende“ gälten.

Herr Weyrauch verdeutlicht, natürlich gehe man davon aus, dass sich die Kolleginnen und Kollegen über die Jahre qualifizierten. Das sei auch eine Idee hinter Bremen NEXT. Die Mitarbeit stelle keine direkte Ausbildung dar. Trotzdem würden die Mitarbeitenden stetig Erfahrungen sammeln, so dass sie nach einigen Jahren qualifiziert genug seien, um in anderen Bereichen im Haus eingesetzt werden zu können.

In anderen Bereichen des Hauses gäbe es keine unqualifizierten Kräfte. Klar sei jedoch, dass dies ein Tarifvertrag für Bremen NEXT sei und demnach für keinen anderen Bereich gelte. Wenn ein Stück einer Bremen NEXT Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters in einem anderen Bereich eingesetzt werden sollte, werde in diesem Fall nach dem normalen Tarifvertrag vergütet.

Der Arbeitsumfang der Kolleginnen und Kollegen bei Bremen NEXT sei sehr unterschiedlich. Zum Beispiel seien die Präsentatoren, die die Morgensendung machten, alle zwei Wochen für fünf Tage anwesend. In der Redaktion seien die Mitarbeitenden von einmal pro Monat bis zu zehn- oder zwölfmal im Monat vor Ort. Daneben gäbe es einige Mitarbeitende, ehemalige Volontärinnen und Volontäre, die als „normale“ Redakteurinnen und Redakteure eingesetzt seien und nach dem Tarifvertrag des übrigen Hauses bezahlt würden.

Herr Niemeyer ergänzt, die höchste Vergütungsstufe im Tarifvertrag für Bremen NEXT, welche nach dem 43. Monat erreicht werde, entspreche der Stufe, die anderen freien Redakteurinnen und Redakteuren im Haus als Tagesatz gezahlt werde. Dementsprechend nähere man sich sukzessive an und gelte nach dieser Zeit als qualifiziert.

Frau Nickelsen fügt an, zum Thema Qualifizierung und Bremen NEXT gebe es aktuell einen Fall, den sie kurz darstellen wolle. Ein junger Kollege, der in den letzten anderthalb Jahren in der Entwicklungsphase von Bremen NEXT mitgearbeitet habe, habe sich für ein offizielles Volontariat beworben und diesen Platz erhalten. Voraussetzung für ein Volontariat sei ein Studium oder etwas Gleichwertiges. Hier habe die engagierte Arbeit der letzten anderthalb Jahre überzeugt. Sein Ziel sei es, nach der Ausbildung – mit 22 Jahren – als verantwortlicher Planungs- und Sendungsredakteur wieder bei Bremen NEXT einzusteigen.

Der Rundfunkrat nimmt gemäß § 9 Absatz 2 Ziffer 10 Radio Bremen-Gesetz den anliegenden Tarifvertrag für Bremen NEXT zur Kenntnis.

**TOP 12. Reichweitenentwicklung in Hörfunk und Fernsehen /
Media Analyse 2016 Radio II
Vorlage 25/2016**

Herr Weyrauch fasst zusammen, die Media-Analyse sei so etwas wie die Zeugnisvergabe für das Radio und erscheine jedes halbe Jahr. Betrachte man lediglich das eigene Bundesland, sei Radio Bremen sehr erfolgreich. Wie in der Vorlage 25/2016 dargestellt erreiche Bremen Eins über 28 Prozent. Das bedeute, fast jeder Dritte in Bremen höre Bremen Eins – so hohe Ergebnisse habe man in den letzten zehn Jahren nicht erzielen können. Auch Bremen Vier habe im Land Bremen nochmals zugelegt. Das Nordwestradio liege aktuell bei zwei Prozent – doppelt so viel, wie vor dem Relaunch in 2013.

Da aber über die Hälfte der Zuhörenden von Radio Bremen im Umland lebten, verfolge man diese Zahlen ebenfalls. Hier sei in dieser MA das Phänomen aufgetreten, dass im Ausstrahlungsgebiet außerhalb Bremens alle Sender verloren hätten. Eine nachvollziehbare Erklärung dafür gäbe es zurzeit noch nicht. Auch Radio Bremen habe hier Reichweitenverluste hinzunehmen. Das führe letztendlich dazu, dass die für den Werbezeitenverkauf entscheidenden Stundenreichweiten zurückgegangen seien. Dies sei vor allem bei Bremen Vier gravierend. Der Reichweitenverlust werde in der Planung der Radio Bremen Media GmbH zu Werbeeinnahmeverlusten führen – die Höhe könne er noch nicht abschätzen.

Innerhalb der geplanten Schulung werde man dem Gremium die Flottenstrategie vorstellen und zeigen, wie Radio Bremen versuche, möglichst viele verschiedene Zielgruppen zu erreichen. Dort werde deutlich, dass der Start von Bremen NEXT mit seiner sehr jungen Zielgruppe auch nötig war, um Bremen Vier eine Konzentration auf die 25- bis 45-Jährigen zu ermöglichen.

Als Reaktion auf die Verluste bei Bremen Vier, die man bereits seit einem längeren Zeitraum beobachte, habe zum 1. September eine kleine Programmreform stattgefunden. Die Erfolge seien jedoch erst nach gewisser Zeit ablesbar.

Auf jeden Fall sei Radio Bremen mit Bremen NEXT für junge Menschen, mit Bremen Vier für die Zielgruppe der 25- bis 45-Jährigen und Bremen Eins für

die über 45-Jährigen bezüglich der Populärwellen sowie mit Funkhaus Europa und dem Nordwestradio im Info- und Kulturbereich sehr gut aufgestellt. Die Fernsehquoten seien in der Vorlage ebenfalls mit aufgeführt. „buten un binnen“ erziele weiterhin sehr gute Quoten. Mit der Sendung um 18:00 Uhr liege „buten un binnen“ sogar auf Platz 1 der norddeutschen Regionalprogramme.

Auf die **Nachfrage aus dem Rundfunkrat**, worauf diese Verluste aller Hörfunkprogramme im Umland bei der prozentualen Betrachtungsweise der MA zurückzuführen seien, erklärt **Herr Weyrauch**, es sei nicht so, dass im Umland weniger Radio gehört werde. Eine eindeutige Antwort gäbe es noch nicht. Eine mögliche Erklärung wäre, dass einstreuende Sender in ihrer Gesamtheit hochgewichtet worden und damit den heimischen Sendern Hörer „abhanden“ gekommen seien. Dies könnten beispielsweise dänische Sender oder einige Programme aus dem Gebiet des WDR sein, aber auch kleine Lokalradiosender. Mehr als eine Vermutung sei dies allerdings nicht.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Reichweitenentwicklung in Hörfunk und Fernsehen zur Kenntnis.

TOP 13: Bericht der Jugendschutzbeauftragten

Vorlage 26/2016

Gast: Bärbel Peters, Leitung Programm-Management

Herr Dr. Sondergeld begrüßt Frau Peters.

Frau Peters stellt dar, sie habe gehört, es sei im Laufe der Sitzung darüber gesprochen worden, warum der Jugendschutz zwischen Bund und Ländern ein Problem darstelle. Sie könne im Folgenden gerne eine kurze Zusammenfassung zum Hintergrund geben, der aktuelle Stand sei ihr ebenfalls nicht bekannt.

Erstens sei der Jugendschutz immer noch nach Medien aufgestellt, was sich zunehmend als widersinnig darstelle, da mittlerweile auch die Presse online Filme anbiete bzw. Bücher als E-Books verfügbar seien und somit elektronisch verbreitet werden könnten.

Zweitens gebe es einen technischen Jugendschutz mit dessen Hilfe Eltern bestimmte Angebote für ihre Kinder sperren könnten. Hier sei es jedoch von dem Intelligenzgrad des Kindes abhängig, ob dieser Schutz tatsächlich greife. Drittens gebe es durch die Sozialen Medien viele neue Medien, bei denen völlig andere Richtlinien gälten. Auch dort wünsche sich der Bund mehr Einfluss. Vor diesen Hintergründen erschließe sich sofort das Konfliktpotential.

Auf **Nachfrage aus dem Gremium**, nach der Vorgehensweise bei der Produktion eines Tatortes, erklärt **Frau Peters**, dass die zuständigen Redakteurinnen und Redakteure bereits den Jugendschutz im Blick hätten, denn für eine Beanstandung im Nachhinein, sei eine Fernsehproduktion zu kostspielig. Wenn die zuständige Redakteurin bei Radio Bremen, Frau Annette Strelow, den Eindruck habe, dass das Drehbuch eventuell jugendgefährdende Passagen beinhalte, werde sie bereits frühzeitig einbezogen. Bei Radio Bremen

wäre es undenkbar, dass sie sich erst nach dem Dreh einen Tatort anschauen würde und ihn nicht freigebe, so dass er nach 22:00 Uhr ausgestrahlt werden müsse. Tatsächlich habe es so einen Fall beim WDR mit der Folge „Franziska“ gegeben, welche auf nach 22:00 Uhr verlegt werden musste. Dies sei jedoch sehr selten, da es den Programmplatz und das Programmvermögen gefährde.

Der Vorsitzende des Fernsehausschusses verweist auf den Tatort „HAL“ des SWR. Dort sei wiederholt der Erstickungstod einer Prostituierten gezeigt worden. Eventuell sei dies ebenfalls ein Thema für den ARD-Programmbeirat. Er nehme aktuell eine Intensitätssteigerung bezüglich Gewalt in den Tatorten wahr.

Frau Peters verdeutlicht, Jugendschutzbeauftragte würden grundsätzlich erst aktiv, wenn sie angesprochen würden. Gerade in anderen Häusern sei der Programmumfang viel zu groß, um alles zu verfolgen. Bei Radio Bremen sei dies tatsächlich eine Ausnahme. Sie könne daher in diesem konkreten Fall nicht beurteilen, ob der entsprechende Kollege den Tatort vorab gesehen habe.

Es gebe jedoch bestimmte Mechanismen, z.B. wenn dem Zuschauenden die Möglichkeit gegeben werde, sich zu distanzieren, und sobald diese griffen, sei ein Mord auch für Zwölfjährige im Fernsehen zumutbar. Diese Mechanismen könnten durch eine Traum-Sequenz oder durch andere Effekte umgesetzt werden. Allgemein empfinde sie es ebenfalls so, dass sich die Gewaltspirale nach oben bewege. In US-amerikanischen Serien befinde man sich bereits auf einem viel höheren Level.

Ein Rundfunkratsmitglied verweist auf die Aussage im Bericht der Jugendschutzbeauftragten, dass 79 Prozent der 6- bis 13-jährigen den Fernseher nutzen. Es erachte es eher als erstrebenswert, dass Kinder weniger Fernsehen schauen. In diesem Zusammenhang regt es an, sich in einer kommenden Sitzung – eventuell im Vorfeld im Fernsehausschuss – damit zu beschäftigen, inwieweit Fernsehen als Familie, das gelebte Fernseherlebnis gefördert werde.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Jugendschutzbeauftragten zur Kenntnis.

TOP 14: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 27/2016

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben in der Zeit vom 25. Mai bis 25. August 2016 zur Kenntnis.

TOP 15: Verschiedenes

Ein Rundfunkratsmitglied verweist auf den Jahresabschluss 2015. Darin sei von dem „Konzern Radio Bremen“ und der Radio Bremen Media GmbH sowie

der Bremedia Produktion GmbH die Rede. Es bittet um eine Übersicht mit der Aufstellung des Konzerns.

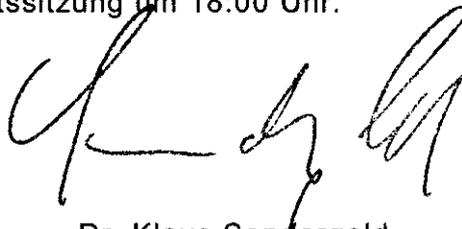
Herr Dr. Sondergeld weist auf die am 20. Oktober stattfindende Fortbildungsveranstaltung hin, in der dies erläutert werde.

Herr Prof. Dr. von der Vring erklärt, dass Radio Bremen-Gesetz sehe es vor, dass man regelmäßig im Internet über die Schwerpunkte der Tätigkeit der Gremien berichte. Bei den Überlegungen, wie man dies für den Verwaltungsrat umsetzen könne, habe er den Gedanken gehabt, ebenfalls die Finanzsituation von Radio Bremen dort dauerhaft darzustellen. Dies könne man für die Gesamtstruktur bzw. Konzernstruktur ebenfalls übernehmen.

Herr Böttger macht die Mitglieder des Rundfunkrats auf das Radio Bremen-Lexikon, welches zur konstituierenden Sitzung versandt worden sei, aufmerksam. Dort sei ebenfalls die Konzernstruktur abgebildet.

Herr Dr. Sondergeld bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die öffentliche Rundfunkratssitzung um 18:00 Uhr.

Genehmigt:



Dr. Klaus Sondergeld

Protokoll:



Nina Gabriel